

Sehr geehrter Herr Präsident des Wahlkreises,  
Christian Hadorn,

Sehr geehrte Grossrätin und Grossräte<sup>1</sup>

Liebe Parteikolleginnen und -kollegen

Sehr geehrte Damen und Herren

Liebe Gäste

((Begrüssung))

Herzlichen Dank für Ihre Einladung. Ich komme gerne in den Oberaargau. Die Bern-Jurassier und die Oberaargauer haben viele Gemeinsamkeiten. Wir sind sehr stark mit unseren Regionen verwurzelt und sind stolz darauf, Berner zu sein.

Mein kurzes Referat hat zwei Teile:

- Erstens habe ich die wunderbare Aufgabe, einige Dankensworte weiter zu geben

---

<sup>1</sup> Käthi Wälchli, Patrick Freudiger, Samuel Leuenberger, Thomas Rufener

- Zweitens werde ich aufzeigen, warum es so wichtig ist, dass der Kanton Bern im Gesundheits- und Sozialwesen neue Wege gehen muss

### ((Laudatio für Christian Hadorn))

*Kommen wir zum ersten Teil, meine Damen und Herren.*

Heute Abend verabschieden Sie Ihren Wahlkreispräsidenten, und ich freue mich, dass ich einen kurzen Einblick in sein reichhaltiges Schaffen geben darf:

Lieber Christian, während 10 Jahren warst Du Präsident der SVP Oberaargau und hast Dich während dieser Zeit stark für unsere Partei eingesetzt. Dafür gebührt Dir ein herzlicher Dank. Du warst ein ausgezeichneter Motivator, der die Leute begeistern konnte. Du hast Dein Amt mit viel Humor geführt, und es war Dir immer ein grosses Anliegen, die Leute zusammenzuhalten, auch in der Oberaargauer Fraktion im Grossen Rat.

Du warst in all den Jahren mit viel Energie und hoher Geschwindigkeit unterwegs, manchmal mit etwas zu hoher Geschwindigkeit<sup>2</sup>, aber es zeichnet Dich aus, dass Du auch zu Deinen Schwächen und Niederlagen gestanden bist.

---

<sup>2</sup> Christian Hadorn musste einmal für 3 Monate seinen Fahrausweis abgeben, weil er zu schnell gefahren war. Er hat das in der Partei sehr offen kommuniziert.

Im Grossen Rat war Dein Charme allen wohlbekannt.  
Manchmal sind Deinem Charme sogar die Linken erlegen.

Als Vertreter des Berner Jura im Regierungsrat kann ich natürlich nicht über Dich sprechen, lieber Christian, ohne Dein Engagement für das Zusammenleben der Kulturen und der Sprachgemeinschaften im Kanton Bern zu würdigen. Du hast Dich im Schulbereich für einen stärkeren Austausch mit dem Berner Jura eingesetzt. Du warst im Vorstand von Bern Bilingue und hast viele Neumitglieder für diesen wichtigen Verein angeworben.

2004 warst Du Präsident der Kommission für das Gesetz für das Sonderstatut des Berner Jura und des zweisprachigen Amtsbezirks Biel. Bei langjährigen Grossräten bleibt unvergessen, wie Du ein blinkendes Herz angesteckt hast, als Zeichen für Deine grosse Sympathie für die welschen Berner. Überliefert aus dieser Zeit ist auch ein Zitat, das Du im Grossen Rat verwendet hast: «Der Optimist denkt oft ebenso einseitig wie der Pessimist, nur denkt er froher.» Deine optimistische Persönlichkeit war jeden Tag froh. Ich kann mich an keinen Tag erinnern, an dem ich Dich in schlechter Laune angetroffen hätte.

Du hast Dich sehr vielseitig engagiert. Als Gesundheits- und Fürsorgedirektor möchte ich es nicht unterlassen, Deine

langjährige Tätigkeit als Vizepräsident der Behindertenwerkstatt Madiswil zu würdigen.

Lieber Christian, nun bist Du Grossrat im Ruhestand und Wahlkreispräsident im Ruhestand. Ich danke Dir für alles und wünsche Dir weiterhin alles Gute und viele sonnige Tage und glückliche Stunden.

((Dank an Käthi Wälchli und Thomas Rufener))

Ich möchte meine Dankesworte nicht abschliessen, ohne zwei andere Oberaargauer zu würdigen, die sich ebenfalls während vielen Jahren stark engagiert haben.

Es geht um Käthi Wälchli, die die letzten 16 Jahre Grossrätin war und seit 10 Jahren als Vizepräsidentin der SVP Kanton Bern amtiert.

Die Zeit reicht nicht aus, um die nicht weniger als 37 Mandate von Käthi Wälchli im Grossen Rat alle aufzuzählen. Wie ein roter Faden zieht sich die Bildungspolitik durch Deine Engagements. So warst Du Vizepräsidentin der Kommission für die Bildungsstrategie sowie für das kantonale Kulturförderungsgesetz. Du warst auch Mitglied des Büros des Grossen Rates. Die letzte Legislatur warst Du Mitglied der Bildungskommission und hast dort die Vertretung der SVP angeführt.

Meine nächsten Worte richten sich an Thomas Rufener, der ebenfalls per Ende Monat aus dem Grossen Rat ausscheiden wird. Thomas Rufener war acht Jahren im Amt; wovon die letzten vier Jahre als Mitglied der wichtigen Finanzkommission. Vorher war er Präsident der Kommission für das Gemeindegesetz und Vizepräsident der Kommission für das Angebot im öffentlichen Verkehr. Sein Engagement im Grossen Rat galt natürlich auch der Stadt Langenthal, „seiner“ Stadt, der er 10 Jahre als Stadtpräsident vorstand.

Liebe Käthi, lieber Thomas,

herzlichen Dank Euch beiden für Euer grosses Engagement für den Kanton Bern, für den Oberaargau, für die SVP. Alles Gute für die Zukunft.

((Kurze Übergangspause))

\* \* \* \* \*

Meine Damen und Herren

*Ich präsentiere Ihnen nun einige meiner Überlegungen zum Gesundheits- und Fürsorgewesen in unserem Kanton.*

**((Gesundheits- und Fürsorgekosten steigen))**

Bereits heute betragen die Ausgaben für das Gesundheits- und Fürsorgewesen über ein Viertel des Kantonsbudgets von 10,6 Milliarden Franken<sup>3</sup>. Rund 3 Milliarden Franken kostet uns das. Wenn die Gesundheits- und Sozialkosten im Rahmen von 4 - 5 Prozent pro Jahr weiter wachsen, dann wird der Kanton Bern in 20 Jahren rund die Hälfte seines Budgets für diese Aufgaben aufbringen müssen.

Das darf nicht geschehen! Der Kanton Bern hat nicht die nötige Finanzkraft, um solche Ausgaben zu tätigen. Schon heute fehlen dem Kanton täglich 3,5 Millionen Franken, die er aus dem Nationalen Finanzausgleich bezieht.

Das darf nicht so weitergehen, denn der Kanton Bern muss mit seinen knappen Mitteln für die Zukunft vorsorgen. Das heisst, wir müssen Unternehmen davon überzeugen, dass es sich lohnt, im Kanton Bern ansässig zu werden, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Das heisst auch, dass wir den Forschungs- und Ausbildungsplatz Bern ganz vorne auf der Liste der besten Kantone positionieren müssen. Und es heisst auch, dass wir die Aufgaben des Kantons laufend überprüfen müssen nach den Kriterien: „sehr wichtig“, „wichtig“ und „wünschenswert“.

---

<sup>3</sup><http://www.fin.be.ch/fin/de/index/finanzen/finanzen/konzernrechnungswesen.assetref/dam/documents/FIN/FV/de/gb/Gesch%C3%A4ftsbericht%202016-Band%203-Produktgruppen.pdf>  
2016: Kanton: CHF 10,6 Mrd., GEF: CHF 2,9 Mrd.

## ((Kostenexplosion im Gesundheitswesen))

In diesem Jahr wird meine Direktion 70 Millionen Franken mehr ausgeben als im vergangenen Jahr, damit wir unsere Aufgaben erfüllen können. Die Kostenexplosion im Gesundheits- und Fürsorgewesen ist nicht aufzuhalten – aber ich möchte diesen Trend abbremsen.

\* \* \* \* \*

Wir haben heute ein sehr gutes Gesundheitssystem. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden aber grosse Herausforderungen zu bewältigen sein:

- die Zahl der älteren Menschen und damit der chronischen Krankheiten wird stetig zunehmen
- die heutigen Strukturen sind zu sehr auf die Akutversorgung ausgerichtet
- die Anforderungen an die Langzeitpflege und die Spitexdienste werden enorm steigen.
- es fehlt im Gesundheitswesen an Transparenz und Steuerbarkeit

Wie können wir hier unterstützend wirken?

Für die ständig älter werdende Bevölkerung müssen wir die Strukturen anpassen. Wir brauchen genügend Plätze in den Alters- und Pflegeheimen, genügend ausgebildetes Personal und funktionierende Dienste für die Pflege zu Hause.

Dazu müssen wir die Gesundheitseinrichtungen des Kantons laufend überprüfen und anpassen. Zum Beispiel, ob es künftig noch richtig ist, ein Spital mit etlichen Betten zu erneuern, oder ob es nicht sinnvoller wäre, ein Pflegeheim zu bauen, das mit vielen Gesundheitsdienstleistern zusammen arbeitet?

Durch den medizinischen Fortschritt ist es möglich, immer mehr Operationen ambulant durchzuführen. Das heisst, dass der Patient am Morgen zur Operation kommt und am gleichen Tag das Spital wieder verlassen kann. Das Spital braucht also weniger Betten.

Der Kanton hat dazu bereits einige wegweisende Entscheidungen getroffen. Wir bilden mehr Pflegepersonal aus, haben die Studienplätze für Medizin erhöht (damit mehr Hausärzte zur Verfügung stehen) und finanzieren Assistenzstellen für Hausarztpraxen. Wir organisieren die Rettungs- und Krankentransporte neu und starten mobile Palliativdienste.

Dies sind nur einige der Verbesserungsmassnahmen für die Zukunft. Schon heute achte ich jedoch ganz genau darauf, dass sich die operativen, ambulanten Eingriffe nicht plötzlich verdoppeln oder verdreifachen. Dann würden wir ja nichts sparen. Dies ist einer der Gründe, warum ich die elektronischen Daten noch rascher zur Verfügung haben will.

Und noch etwas habe ich bemerkt: Einige der Angebote werden mehrfach organisiert und finanziert, ohne dass damit ein Mehrwert verbunden wäre. Daher ist es die Aufgabe meiner Direktion, die Angebote zu konsolidieren und Synergien zu nutzen.

Dies führt zu einem klaren Angebot an Dienstleistungen und zu vereinfachten Strukturen, die sich besser kontrollieren lassen. Gewinner sind alle: Der Patient, der Dienstleister, die Gemeinde, der Kanton und vor allem: Jede Steuerzahlerin und jeder Steuerzahler.

\* \* \* \* \*

**((Sozialhilfe soll sinnvoll und planbar sein))**

Meine Damen und Herren,

ich sagte bereits, dass ich die Kosten im Gesundheits- und Fürsorgewesen eindämmen will, damit der Kanton und die Bevölkerung überhaupt noch eine Chance haben, diese Kosten zu tragen. Schon heute bezahlen wir im Kanton Bern sehr hohe Steuern, darum steht eine Steuererhöhung ausser Frage.

Seit vielen Monaten diskutieren wir nun über die Revision des Sozialhilfegesetzes.

### *Was ist mir dabei wichtig?*

Wer in Not gerät, dem muss geholfen werden. Viele der rund 47'000 Menschen, die im Kanton Bern Sozialhilfe beziehen, sind unverschuldet in eine schwierige Situation geraten. Ich denke dabei zum Beispiel an Mitbürgerinnen und Mitbürger, die den Arbeitsplatz verloren haben (vor allem jene über 55 Jahre). Diesen Menschen müssen wir helfen. Aber sinnvoll und mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

### *Warum ist diese Teilrevision nötig?*

1. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit soll wirtschaftlich gesehen attraktiver sein als der Bezug von Sozialhilfe.
2. Wer Sozialhilfe bezieht, soll stärker motiviert und besser unterstützt werden, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Es kann doch nicht sein, dass ein Lehrling seine Ausbildung abbricht, weil er merkt, dass sein Kollege von der Sozialhilfe mehr bekommt, als er.

Und es kann auch nicht sein, dass eine junge Familie mit zwei Kindern mit 5000 Franken durchkommen muss, die andere Familie aber, die Sozialhilfe bekommt, bezahlt keine Steuern, ist versichert, hat eine Wohnung und erhält Zusatzleistungen (z.B. für den Zahnarzt oder die Brille) und steht am Ende des Monats besser da, als die erste Familie.

*Und noch etwas fällt mir auf:*

Firmen aus der sogenannten «*Sozialindustrie*» gehen mit grosser Selbstverständlichkeit davon aus, dass der Staat und der Kanton ihre Angebote ganz oder teilweise finanzieren, unabhängig von den Resultaten ihrer Arbeit. Hier besteht Handlungsbedarf.

**((Die Eckpfeiler der Revision))**

Mit dem revidierten Sozialhilfegesetz haben wir nun die Möglichkeit, einzugreifen:

1. Der Grundbedarf wird um 8 Prozent gekürzt (dazu ein Hinweis: Berücksichtigt man die Wohn- und die Gesundheitskosten, beträgt die Kürzung faktisch knapp 3 Prozent der Gesamtsumme.)
2. Jungen Leuten, die sich nicht um ihre Integration bemühen, kann die Sozialhilfe nach 6 Monaten um bis zu 30 Prozent gesenkt werden
3. Jenen Personen, die sich nicht integrieren wollen (und z.B. keine Sprachkenntnisse auf dem tiefsten Niveau A1 haben) werden die Unterstützungsleistungen ebenfalls um bis zu 30 Prozent gekürzt.

\* \* \* \* \*

**((SKOS-Richtlinien))**

Kommen wir kurz auf die SKOS-Richtlinien zu sprechen:

«Die Sozialhilfe ist bedarfsgeprüft, das heisst, auf die individuellen Bedürfnisse der Sozialhilfebezüger zugeschnitten, was ihre Bemessung schwierig gestaltet. In der Praxis muss diese von den Kantons- und Gemeindebehörden vorgenommen werden, die unterschiedlich professionalisiert sind....» heisst es in der Zusammenfassung des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Nur 5 Kantone haben die SKOS-Richtlinien als vollständig verbindlich bezeichnet.

**((RAV-Studie – Sanktionen sind hilfreich))**

Im April veröffentlichte die Agentur B.S.S. eine Studie in der klar zum Ausdruck kommt, dass Sanktionen der RAV sehr wohl ein Ansporn sind, dass sich Stellensuchende engagierter um einen neuen Arbeitsplatz bemühen. Die im Auftrag des Bundes erstellte Studie zeigt auch, dass es gelungen ist, die Zahl der Langzeitarbeitslosen um 11 Prozent zu senken. Was bei den Arbeitslosen funktioniert, ist auch in der Sozialhilfe zur Anwendung zu bringen.

\* \* \* \* \*

((Flüchtlingssozialhilfe: Wir müssen uns auf  
ausgabenintensive Jahre vorbereiten))

Meine Damen und Herren,

schon in fünf Jahren wird der Kanton erhebliche Mittel brauchen, um die Menschen, die heute und in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind, in die kantonalen Strukturen zu übernehmen.

Die Schweiz nimmt weiterhin monatlich rund 1'500 Asylsuchende auf. In den vergangenen Jahren waren es oftmals über 2'000, ja sogar 3'500.

Nur wenigen dieser Asylsuchenden gelingt es, eine Arbeit bei uns zu finden. Je nach Gruppe sind es zwischen 10 und 30 Prozent, das heisst, dass 70 bis 90 Prozent auf langfristige Unterstützung von Staat, Kantonen und Gemeinden angewiesen sind. Wir müssen uns auf diese Situation vorbereiten.

\* \* \* \* \*

((Arbeitsintegration ist die beste Hilfe))

Unser Ziel ist es, dass Sozialhilfebezüger, vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge möglichst rasch wieder wirtschaftlich selbständig werden. Wir wollen den

Referat von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor SVP  
Oberaargau – HV und DV

«Gesundheits- und Sozialpolitik im Kanton Bern»  
Donnerstag, 17. Mai 2018 um 19:30 Uhr, Bad Gutenberg, 4932 Lotzwil

Menschen helfen. Sie sollen ihre Selbstachtung, ihren Platz in der Gesellschaft und ihre finanzielle Unabhängigkeit wieder finden. Sozialhilfe ist keine dauernde Alternative.

Und vergessen wir nicht, was in der Bundesverfassung steht: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»<sup>4</sup> Das möchte ich wirklich stark hervorheben! Das Schlüsselwort heisst: SELBSTVERANTWORTUNG.

Mir bereitet es grosse Sorge, dass Tausende von jungen Leuten heute kaum Aussicht auf eine Stelle haben. Es wird sehr schwierig werden.

Aber der einzige Ausweg IST die Arbeitsintegration. Das MUSS uns gelingen!

Auch aus diesem Grund ist die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes dringend. Denn ein grosser Teil der Mittel, die eingespart werden können, sind für Projekte in der Arbeitsintegration vorgesehen. Speziell für die Ausbildung von jungen Leuten und für Angebote für Personen über 50 Jahre.

\* \* \* \* \*

---

<sup>4</sup> Schweizerische Bundesverfassung Art. 6

Referat von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor SVP  
Oberaargau – HV und DV

«Gesundheits- und Sozialpolitik im Kanton Bern»  
Donnerstag, 17. Mai 2018 um 19:30 Uhr, Bad Gutenberg, 4932 Lotzwil

((Der Volksvorschlag ist kontraproduktiv: Wir sparen nichts, schaffen keine Anreize und binden und an den SKOS-Verein))

Die Gegner der Revision des Sozialhilfegesetzes haben sich formiert und sammeln Unterschriften für einen Volksvorschlag. Sie haben zwei Hauptanliegen:

Das erste betrifft die SKOS-Richtlinien. Diese sollen verbindlich sein.

Dazu möchte ich sagen, dass der Grosse Rat dieses Thema sehr lange diskutiert hat und daher die Reduktion von ursprünglich 10 Prozent auf 8 Prozent erfolgt ist. Wie ich bereits oben gesagt habe: die SKOS ist ein Verein. Sie kann keine verbindlichen Vorgaben machen. Der Kanton und die Gemeinden wissen am besten, wieviel sie für die Sozialhilfe ausgeben können.

Der zweite Punkt betrifft die Arbeitsmarktintegration und die Verhinderung der Aussteuerung von über 55-jährigen. Hier soll es Ergänzungsleistungen für alle geben.

Dazu möchte ich sagen, dass ich in der Debatte im Grossen Rat immer auf die grosse Bedeutung der Arbeitsmarktintegration hingewiesen habe und dass wir bereits Programme lanciert haben. Die Ausgestaltung ist noch weitgehend offen und kann von allen Interessierten mitbestimmt werden.

Dass man aber pauschal allen Ausgesteuerten ab einem bestimmten Alter Ergänzungsleistungen auszahlt, schiesst weit über das Ziel hinaus. Ich kenne durchaus Betriebe, die Leute über 60 Jahre angestellt haben. Es ist zu befürchten, dass die Einführung von Ergänzungsleistungen ab 55 für gewisse Arbeitgeber die Hemmungen reduzieren wird, ältere Arbeitnehmer zu entlassen.

**((Schluss))**

Meine Damen und Herren

Wir müssen uns gemeinsam für das Wohl des Kantons Bern einsetzen. Und jeder Franken, den wir investieren, muss Nutzen bringen. Und zwar Nutzen für die Bevölkerung.

Da ist kein Platz mehr für Gärtchendenken und für Protektionismus von Verbänden und Interessensgruppen.

Ich sehe meine Aufgabe als Politiker, Bürger und Familienvater darin, mich dafür einzusetzen, dass der Kanton Bern auf für meine Enkelkinder der schönste und lebenswerteste Kanton der Schweiz bleibt, respektive wieder gestärkt wird.

Herzlichen Dank, dass ich zu Ihnen sprechen durfte.

Merci beaucoup !

**((Nächster Programmpunkt: Fragen))**